

GROSSER RAT DEBATTE ÜBERS STEUERGESETZ

# Eltern zahlen weniger, Pendler zahlen mehr

**Der Grosse Rat hat an den Steuern geschraubt. Eltern, die ihre Kinder in die Kita geben, kommen besser weg. Dafür sollen Langstreckenpendler total 20 Millionen Franken mehr in die Kantonskasse zahlen. Und es hätte die Pendler noch härter treffen können.**

Der Grosse Rat hat gestern eine Steuererhöhung beschlossen, die nur 40 000 Berner Haushalte treffen wird, also gut 5 Prozent der Steuerzahler. Diese dafür stark: Ab 2016 können Bernerinnen und Berner nicht mehr die ganzen Pendlerkosten vom Wohn- zum Arbeitsort bei den Steuern abziehen, sondern nur noch maximal 6700 Franken. Die Begrenzung soll dem Kanton zusätzliche 20 Millionen, den Gemeinden zusätzliche 10 Millionen Franken pro Jahr einbringen. Pro betroffenen Steuerzahler ergibt dies im Schnitt eine Erhöhung von gut 700 Franken.

## Regierungsrat wollte mehr

Der Pendlerabzug war der umstrittenste Punkt der gestrigen Debatte um das Steuergesetz (übrige Beschlüsse siehe Kasten). Der Entscheid war quasi ein Nachzügler des Sparpakets ASP, das der Grosse Rat 2013 geschnürt hatte. Und zwar ein wichtiger: Denn der Regierungsrat wollte den Abzug nicht nur auf 6700, sondern auf 3000 Franken begrenzen. Dies entspricht dem Gesetz auf Bundesebene. Jeder dritte Berner Haushalt hätte mehr zahlen müssen, dem Kanton hätte dies zusätzliche 54 Millionen Franken eingebracht. Zum Vergleich: Das ganze Sparpaket umfasste 490 Millionen Franken.

Bereits 2013 hatten sich FDP, BDP, SVP und EDU gegen diese Massnahme gestellt. Gestern doppelten sie im Rat nach. Und machten die Debatte zu einem Streit zwischen Stadt und Land. «Wenn ihr wollt, dass die länd-



Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP) freute sich nicht über den Entscheid des Rates: Dieser wollte den Pendlerabzug der Regierung nicht annehmen. Dadurch entgehen dem Kanton rund 35 Millionen Franken.

Bilder Raphael Moser

lichen Regionen ganz entvölkert werden, dann sagt es», erieferte sich Andreas Blank (SVP, Aarberg). Parteikollege Raphael Lanz (Thun) ergänzte: «Wir reden von notwendigen Kosten für

Das Argument, die Erhöhung treffe nur das Land, war indes umstritten. Natürlich sind die Pendlerwege der Stadtbewohner, Bieler oder Burgdorfer kurz – das hat auch eine Analyse des Bundes gezeigt. Allerdings machen auch im Oberland und im Berner Jura vielerorts nur wenige Bürger hohe Fahrkosten geltend. Am meisten Pendler gibt es demnach im Seeland und im Aaretal, wo eine Begrenzung des Abzugs auf 3000 Franken bis zu 50 Prozent der Steuerzahler getroffen hätte.

## Bürgerliche setzten sich durch

Mitte-links weibelte für die Limite von 3000 Franken. Die 54 Millionen Mehreinnahmen seien ein wichtiger Teil des Sparpakets, argumentierten sie. «Ich frage mich, wo wir diese Millionen sonst einsparen müssen», sagte Franziska Schöni-Affolter (GLP, Bremgarten). Es sei schwer verständlich, warum man lange Pendlerwege steuerlich bevorzugen solle, sagte zudem Andrea de Meuron (Grüne, Thun). Solche Pendlersubventionen würden den raumplanerischen Zielen diametral entgegenwir-



den Arbeitsweg. Nicht von Leuten, die zum Spass ein wenig herumfahren.» Und Philippe Müller (FDP, Bern) fand, es klinge schon sehr überheblich, wenn Nichtbetroffene von anderen forderten, sie sollten halt näher zum Arbeitsort ziehen.

## KITA-ABZUG

# Wie die FDP einem linken Anliegen zum Sieg verhalf

**Eltern, die ihre Kinder in die Kita geben, können künftig bis zu 8000 Franken bei den Steuern absetzen.**

Neben dem Pendlerabzug gab gestern vor allem ein Artikel im Steuergesetz zu reden: der Abzug, den Eltern machen können, wenn sie ihre Kinder in eine Kita oder eine Tagesfamilie geben. Dieser Abzug war bisher auf 3100 Franken begrenzt – nur im Wallis konnte man noch weniger geltend machen.

2016 soll der Kanton Bern nun ins Mittelfeld vorrücken. Das hat der Grosse Rat gestern beschlossen. Eltern können künftig bis zu 8000 Franken der Kita-Kos-



FDP-Grossrat Philippe Müller lauscht den Argumenten von Natalie Imboden (Grüne). Sein Vorstoss hat die Diskussion ins Rollen gebracht.

Das Herumdoktern an Steuerabzügen gehört zu den Lieblingshobbys von Politikern. So können sie ihrer Klientel Freude machen und ein wenig davon ablenken, dass sie keine echten Steuersenkungen hinbekommen. Dazu müssten sie die generellen Steuersätze reduzieren und nicht bloss an den Abzügen rumschrauben.

## Was ist nun von den Entschieden des Grossen Rats zu halten?

Vor allem bestätigt sich, dass im Kantonsparlament das «Land» die stärkere Lobby hat als die «Stadt». Aus Rücksicht auf die Pendler vom Land begrenzt der Grosse Rat den Pendlerabzug weniger stark als der Bund. Dabei beschloss derselbe Grosse Rat vor zwei Jahren, ohne mit der Wimper zu zucken, eine Mehrbelastung in ähnlicher

ken, fand auch Andreas Hofmann (SP, Bern). «Das ist, als würde ein Autofahrer gleichzeitig aufs Gas und auf die Bremse treten.»

## Kommentar



Redaktor  
Fabian Schäfer  
über die  
Steuerdebatte

## Jeder Franken zählt

Am Ende setzte sich jedoch die bürgerliche Mehrheit einmal mehr durch. Die 6700 Franken sind übrigens ein Kompromiss zwischen FDP, BDP, SVP und

Grössenordnung. Feiner Unterschied: Damals traf es primär Bewohner städtischer Zentren, die seit 2014 weniger Abzüge für Berufskosten machen dürfen.

**Es hätte viele Gründe gegeben, den fragwürdigen Pendlerabzug stärker einzuschränken.** Einer davon: Der Kanton kann jeden Franken brauchen. Zum einen kommt wohl auch Bern bei den Unternehmenssteuern nicht um eine Reduktion herum. Zum anderen muss der Kanton vermutlich auch die enormen Kürzungen bei den Prämienverbilligungen, die er in den letzten Jahren notgedrungen beschlossen hat, teilweise rückgängig machen. Angesichts der hohen Prämienbelastung in Bern sind sie auf Dauer nicht erträglich.

fabian.schaefer@bernerzeitung.ch

EDU. Der Betrag entspricht einem GA zweiter Klasse und einer Autofahrt von 10 Kilometern zum Bahnhof.

Dominik Galliker

## WEITERE DISKUSSIONEN

• Künftig kann im **Berner Steuerregister nur noch Daten einsehen, wer ein wirtschaftliches Interesse vorweisen kann.** Das hat der Grosse Rat gegen den Willen von SP und Grünen beschlossen. Mitte-rechts obsiegt mit dem Argument, dass die Zahlen zu falschen Schlüssen verleiten. Denn einsehbar sind nur das steuerbare Vermögen und Einkommen, nicht aber die Faktoren, die diese beeinflussen. • FDP, SVP und EDU wollten die **Steuern für Unternehmen senken**, und zwar bei Gewinnen ab 60 000 Franken. Mit der Unterstützung der BDP wäre der Antrag durchgekommen. Diese spielte aber nicht mit. «Das Anliegen ist berechtigt», sagte Jakob Etter (Treiten). Der Zeitpunkt stimme aber nicht. Denn die Regierung ist daran, eine Steuerstrategie auszuarbeiten. Der Antrag wurde mit 68 zu 81 Stimmen abgelehnt. • Artikel 66 des Steuergesetzes begrenzt die **Steuern auf hohe Vermögen**. Der SP ist er ein Dorn im Auge. Damit würden nur Leute mit hohem Vermögen geschützt, so Patric Bhand (Steffisburg). Sein Antrag, den Artikel zu streichen, hatte aber keine Chance. Es gehe bei Artikel 66 darum, dass niemand sein Vermögen anfreissen müsse, um die Vermögenssteuern zu zahlen, argumentierten die Bürgerlichen. Dies sei einer der wenigen Vorteile, die das Berner Steuergesetz noch biete. dog